

Die drohende Hinopferung Deutschsüdtirols.

Niedererschütternd ist der Eindruck, den die Denkschrift Wilsons an Italien in allen deutschen Kreisen hervorruft, weil sie die schlimmsten Besürchtigungen für das Schicksal Deutschsüdtirols rechtfertigt. Die Gefahren, die diesem allen Deutschen teuren Landesteile drohen, haben die Regierung Deutschösterreichs veranlaßt, in der gestrigen Sitzung des Kabinettsrates dazu Stellung zu nehmen. Die Erklärung des Kabinettsrates, welche durch besondere Zuschriften an die Ententemächte gerichtet werden soll, faßt übereinstimmend mit der in unserm gestrigen Blatte entwickelten Anschauung die Denkschrift Wilsons in dem Sinne auf, daß der Präsident der Vereinigten Staaten Klipp und klar der Annexion Deutschsüdtirols durch Italien zustimmt. Demgegenüber erklärt und beweist die deutschösterreichische Regierung, daß die Mitteilung des Präsidenten unvereinbar ist mit den von ihm während des Krieges feierlich verkündeten demokratischen Grundsätzen, und sie legt dar, daß auch die Berufung auf strategische Erfordernisse Italiens durchaus hinfällig ist. Man erfährt hierbei die bisher unbekannt gebliebene Tatsache, daß von Wien aus schon vor längerer Zeit der italienischen Regierung der Vorschlag gemacht wurde, Deutschsüdtirol möge staatsrechtlich und wirtschaftlich ein Bestandteil Deutschösterreichs bleiben, militärisch aber in solcher Weise neutralisiert werden, daß die strategischen Interessen Italiens dabei vollaufgewahrt würden. Eine Antwort auf diesen Vorschlag ist bezeichnenderweise niemals erfolgt.

Von besonderem Interesse ist der letzte Punkt der deutschösterreichischen Erklärung, worin die Frage Deutschsüdtirols im Zusammenhang mit der des Anschlusses an das Deutsche Reich erörtert wird. Die Erklärung stellt fest, daß der Regierung niemals von irgendeiner der assoziierten Mächte der Vorschlag gemacht worden ist, auf den Anschluß unter der Bedingung zu verzichten, daß Deutschsüdtirol bei Deutschösterreich bleibe, weist jedoch darauf hin, daß die Annexion Deutschsüdtirols durch Italien geeignet wäre, die Anschlussbewegung zu verstärken, da dann Deutschösterreichs Fähigkeit, als selbständiger Staat zu bestehen, abermals wesentlich beeinträchtigt würde.

Gleichzeitig hat sich der Kabinettsrat gestern mit den Schritten befaßt, die zur Rettung des Landesteiles dienen sollen. Die Regierung klammert sich an die Hoffnung, daß nur eine persönliche Meinungsäußerung Wilsons vorliege, die noch nicht der Haltung der Vereinigten Staaten und damit der Entscheidung der Friedenskonferenz endgültig präjudiziere, verkehrt aber nicht die ernste Sorge, daß auf dem Versailler Kongress immer mehr die imperialistischen Ziele zur Geltung gelangen könnten. Nichtsdestoweniger wird die Regierung Deutschösterreichs unablässig das Rechtsgefühl und die staatsmännische Einsicht der Entente anrufen müssen, die doch nicht wünschen kann, inmitten Europas und in einem der blühendsten, höchkulturbelasteten Gebiete eine neue Irredenta und eine Quelle steter Beunruhigungen zu schaffen. Denn darüber werden sich die Staatsräumer der Entente keiner Täuschung hingeben dürfen, daß die deutsche Nation in ihrer Gesamtheit niemals eine Entscheidung anerkennen würde, die eine so unerhörte Vergewaltigung eines deutschen Volksteiles darstellt. Immer mehr befestigt sich der Eindruck, daß Deutschsüdtirol hingeebhart werden soll, um den Italienern den Verzicht auf Fiume und auf Dalmatien mündgerecht zu machen. Es gibt keine schlimmere Verhöhnung, des von Wilson seinerzeit verkündeten Grundsatzes, daß Länder und Völker nicht wie die Steine auf dem Schachbrett willkürlich herumgeschoben werden dürfen; eine bevorzogene

Schacherpolitik würde an die schlimmsten absolutistischen Zeiten erinnern, in denen der Wächter der Dynastien ohne Rücksicht auf Empfindungen und Bedürfnisse der Völker befriedigt wurde.

Aus hiesigen italienischen Kreisen vernehmen man, daß in Italien geringe Begeisterung für dieses System der Abfindungen herrsche. In der Tat müßte Italien durch sein eigenes wohlverwogenes Interesse und durch die Ausblicke auf die Zukunft davor gewarnt werden, eine Lage zu schaffen, die im Herzen des deutschen Volkes einen unerträglichen Stachel zurückläßt. In Italien selbst täuscht man sich nicht darüber, daß die ganze gegenwärtige Mächtegruppierung, die ja nur durch den gemeinsamen Haß gegen Deutschland und gegen das gewesene Oesterreich-Ungarn zusammengelassen wurde, ein sehr vergängliches Gebilde ist und daß in kurzer Zeit eine Lage entstehen könnte, in der Italien Fremde braucht. Die Hoffnung auf den Völkerbund ist hinfällig; ein Völkerbund, der nur die Aufgabe hätte, so himmelschreiende Vergewaltigungen zu bereinigen, wäre nichts als die Fortdauer der gegenwärtigen Erwerbsgenossenschaft zur Verteilung von Ländern und Völkern und hätte ebenso wenig Bestand wie sittlichen Halt. Die Preisgebung Deutschsüdtirols ist der Wurm oder einer der Würmer im Baun des künftigen Friedens.

Ein Beschluß des Kabinettsrates.

Amlich wird verlautbart:

Der Kabinettsrat hat in seiner gestrigen Sitzung beschlossen:

Der Präsident der Vereinigten Staaten hat dem italienischen Ministerpräsidenten mitgeteilt, daß er dem Londoner Vertrage hinsichtlich der Abgrenzung zwischen Italien und Deutschösterreich, also der Annexion Deutschsüdtirols durch Italien, zustimmt. Demgegenüber erklärt die deutschösterreichische Regierung:

1. Die Mitteilung des Präsidenten der Vereinigten Staaten ist unvereinbar mit jenen demokratischen Grundsätzen, die der Herr Präsident während des Krieges feierlich verkündet hat und auf Grund deren der Kampf eingestellt, der Waffenstillstand geschlossen worden ist.

Der Waffenstillstand wurde geschlossen auf Grund der Grundätze des Herrn Präsidenten, die in seiner Botschaft vom 8. Jänner 1918 enthalten waren. Durch den Notenwechsel, der anlässlich des Abschlusses des Waffenstillstandes erfolgt ist, wurde zwar der Punkt 10 der 14 Punkte des Herrn Präsidenten abgeändert, aber nicht der Punkt 9, der erklärt, daß die Grenzen Italiens nach den klar erkennbaren Linien der Nationalität festgesetzt werden sollen.

2. Das Königreich Italien begründet seinen Anspruch auf Deutschsüdtirol mit rein strategischen Erwägungen. Diese Erwägungen können die Annexion eines rein deutschen Landes durch Italien aus zwei Gründen nicht rechtfertigen: Erstens deshalb nicht, weil auch die ethnographische Grenze zwischen Deutschen und Italienern in Tirol den strategischen Interessen Italiens vollkommen entsprechen würde. Zweitens aber deshalb nicht, weil nach dem unverrückbaren Grundsatz, den der Herr Präsident der Vereinigten Staaten in seiner Rede am Grabe Washingtons am 4. Juli 1918 ausgesprochen hat, die Entscheidung aller Fragen, sowohl der territorialen wie der Souveränitätsfragen, der wirtschaftlichen und der politischen Fragen, auf der Grundlage der freien Annahme dieser Regelung durch das Volk erfolgen soll, und nicht auf Grundlage eines materiellen Interesses oder Vorteiles irgendeines andern Volkes, das eine andre Regelung zur Ausbreitung seines Einflusses oder seiner Herrschaft wünscht.

Trotzdem hat die deutschösterreichische Regierung schon vor längerer Zeit der königlich italienischen Regierung einen Vorschlag gemacht, dessen Annahme die strategischen Bedürfnisse Italiens in weitestgehendem Maße befriedigen würde, ohne daß daraus Deutschsüdtirol der italienischen Fremdherrschaft ausgeliefert werden müßte. Die deutschösterreichische Regierung hat der königlich italienischen Regierung vorgeschlagen, daß Deutschsüdtirol staatsrechtlich und wirtschaftlich ein Bestandteil Deutschösterreichs bleiben, militärisch aber in solcher Weise neutralisiert werden sollte, daß die strategischen Interessen Italiens dadurch wenigstens in gleicher Weise gewahrt würden wie durch die Annexion des Gebietes bis zum Brenner. Die deutschösterreichische Regierung stellt fest, daß dieser sorgfältig ausgearbeitete Vorschlag von Italien und seinen Verbündeten niemals beantwortet worden ist.

3. Gegenüber den Behauptungen, daß Deutschsüdtirol vor der ihm drohenden Fremdherrschaft gerettet werden könnte, wenn Deutschösterreich auf den Zusammenschluß mit dem Deutschen Reich verzichtete, stellt die deutschösterreichische Regierung fest, daß ihr niemals von irgend einer der assoziierten Mächte der Vorschlag gemacht worden ist, auf den Anschluß an das Deutsche Reich unter der Bedingung zu verzichten, daß Deutschsüdtirol bei Deutschösterreich verbleibe.

Wohl aber besteht zwischen der Frage des Zusammenschlusses mit Deutschland und der Frage Deutschsüdtirols ein andrer Zusammenhang: Wenn Deutschsüdtirol an Italien fällt, so bleibt von Tirol nur ein schmaler Streifen übrig, der dann ganz unvermeidlich unmittelbar an das Deutsche Reich fallen müßte. Deutschösterreich würde daher nicht nur Deutschsüdtirol, sondern ganz Tirol verlieren. Es wäre abermals eines seiner Bänder beraubt und es würde auch im Westen nicht mehr an die neutrale Schweiz, sondern an das Deutsche Reich grenzen. Damit wäre die Fähigkeit Deutschösterreichs, als selbständiger Staat zu bestehen, abermals wesentlich beeinträchtigt, Deutschösterreich wäre in noch höherem Maße als bisher zum Anschluß an das Deutsche Reich gezwungen.

Beratungen des Kabinettsrates.

Der Kabinettsrat hat in seiner gestrigen mehrstündigen Sitzung unter dem Vorsitz des Staatskanzlers Dr. Krenner und des Vizelanzlers Fink eingehend die Frage von Deutschsüdtirol beraten und über diejenigen Schritte Beschluß gefaßt, die zur Rettung dieses Landes vor der Annexion führen sollen. Außer der amtlichen Verlautbarung, die obenstehend veröffentlicht ist und die durch besondere Zuschriften an die Ententemächte gerichtet werden soll, wurden die mit der Landesregierung von Tirol einzuleitenden Verhandlungen und zu treffenden Vereinbarungen zum Beschluß erhoben.

Der Wortlaut der Denkschrift Wilsons über die Ansprüche Italiens enthält im entscheidenden Punkte die Bemerkung, Wilson sei persönlich einverstanden, daß Italien alle Zugeständnisse des Londoner Vertrages erhalten soll. Durch die Bezeichnung dieses Einverständnisses „persönlich“ ist noch nicht der Haltung Amerikas als Staat und damit noch nicht der Entscheidung des Friedenskongresses endgültig präjudiziert. Die Staatsregierung wird alle Mittel anwenden, die ihr zu Gebote stehen, um Deutschsüdtirol, diese Perle des deutschen Besitztums, der Nation zu erhalten. Die Staatsregierung ist bereit, dafür auch große und ernste Opfer zu bringen. Diese Opferbereitschaft ergibt sich aus der gleichzeitig mitgeteilten Kundgebung des Kabinetts. Die Sorge ist allerdings gewachsen, daß der Versailler Kongress immer mehr imperialistisch nach der Willkür des Siegers und nicht nach den Rechtsgrundsätzen entscheidet, die Wilson verkündet hat und die eine Voraussetzung für den Abschluß des Waffenstillstandes gewesen sind.